

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904

11.6.1904 (No. 214)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 11. Juni.

№ 214.

Expedition: Carl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einzahlungsgebühren: Die gepaltene Postkarte oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Abgerufene Druckbogen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Reklamationsentwürfe werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keine Verantwortung für irgendwelcher Vergütung.

1904.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 1. Juni d. J. gnädigst bewegen gefunden, dem ordentlichen Professor für innere Medizin, Direktor der medizinischen Poliklinik und Kinderklinik an der Universität Heidelberg und Direktor der Luisenheilanstalt, Hofrat Dr. Oswald Bierordt, das Ritterkreuz erster Klasse mit Eichenlaub höchstehendes Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Mit Entschliessung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 9. Juni d. J. wurde Oberpostpraktikant Wilhelm Schumacher aus Pforzheim mit Wirkung vom 1. Juli 1904 ab in einer Bureaubeamtenstelle erster Klasse bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion Konstanz angestellt.

Mit Entschliessung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 3. Juni d. J. wurde Hauptamtsassistent Josef Albert beim Hauptsteueramt Karlsruhe zum Buchhalter bei der Staatsschuldenverwaltung ernannt.

Die Großh. Zolldirektion hat unterm 30. Mai d. J. den Hauptamtsassistenten Gustav Meyer in Pforzheim zur Verleihung der Stelle des Zolldirektors nach Erlangen versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Reorganisation der französischen Armee.

Ein militärischer Berichterstatter schreibt uns: Die französische Presse beschäftigt sich noch immer mit dem umfassenden Heeresreorganisationsplan, den der radikal-sozialistische Abgeordnete Messimy der Kammer vorgelegt hat. Da der Inhalt dieses Entwurfs interessant und beachtenswerte Dinge enthält, verlohnt es der Mühe, einen Blick in die Militärreformpläne des französischen Deputierten zu tun.
In jedem Jahre, so meint Messimy, betragen die militärischen Aufwendungen Frankreichs (für Armee, Marine usw.) ungefähr 1300 Millionen Franks, das heißt 35 Prozent der gesamten Staatsausgaben, während sie in Deutschland nur 21 Prozent, in Rußland 25 Prozent betragen. Wenn hierin nicht Wandel eintrete, so richte Frankreich allmählich selbst seinen Reichtum zugrunde. Messimy vernahmt sich aber dagegen, als ob er eine Verminderung der militärischen Macht erstrebe oder als ob er von einem allgemeinen Weltfrieden träume. Dagegen glaubt er — und hierin liegt der Schwerpunkt seiner Auseinandersetzungen — daß man durch eine zweckmäßigere Organisation des Landheeres und der Kolonialtruppen einerseits die dem Lande in bezug auf finanzielle Aufwendungen, wie auch in bezug auf die Aufbringung der Rekruten auferlegte Last erheblich vermindern könne, andererseits eine tüchtige, von weniger zahlreichen, aber jungen Offizieren geführte Armee erhalte.
Zunächst findet Messimy die Friedenspräsenzstärke zu groß und nicht im Verhältnis zur Bevölkerungsanzahl stehend; sie müsse daher auf ein den Hilfsquellen der Nation entsprechendes Maß zurückgeführt werden. Kein Land könne mehr als einen Soldaten auf je hundert Einwohner aufstellen. Frankreichs Armee dürfe daher bei einer Einwohnerzahl des Landes von 38,5 Millionen nicht die Höhe von 400 000 Mann (abgesehen vom cadre permanent, das heißt den nicht durch Aushebung sich ergänzenden Bestandteilen, Kapitulanten und dergleichen) übersteigen. Es sei um so nötiger, sich auf diese Ziffer zu beschränken, als man infolge der allmählichen Verminderung der Geburtszahlen und durch die bevorstehende Einführung der zweijährigen Dienstzeit sowieso diese Stärke kaum erreichen könne. Dieser Veränderung der Friedenspräsenzstärke entsprechend sei die Organisation der Armee derart zu verändern, daß zwar die bestehenden Armeekorps beibehalten werden könnten, aber statt der Zweiteilung die Dreiteilung innerhalb der Korps einzuführen sei. Die Brigaden sollen abgeschafft werden, so daß das Armeekorps drei Infanteriedivisionen zu drei Regimentern, die Regimente wiederum drei Bataillone zu drei Kompanien zählen. Diese Gliederung sei für die taktische Verwendung viel geeigneter und erspare, und die Zahl der Kompanien um 900 (von 2600 auf 1700) zu vermindern. Dies letztere sei um so nötiger, als die Stärke der bisherigen Einheiten viel zu ge-

ring sei; man arbeite nur mit Skelettkompanien. Die Kavallerieregimenter sollen von 79 auf 70 vermindert werden, so daß die Stärke dieser Waffe um 1600 Offiziere, 14 000 Mann und 20 000 Pferde herabgesetzt würde. Die Artillerie dagegen soll von 496 Batterien auf 580 erhöht werden. Die Zahl der Generale sei doppelt so groß und diese selbst um zehn Jahre zu alt. Daher soll die Altersgrenze für die Generale auf 56 Jahre herabgesetzt werden; verabschiedete Generale im Alter von 56 bis 66 Jahren könnten als Kommandanten bei Militärschulen und dergleichen verwendet werden. Da die Zahl der Einheiten verringert und der Dienstgrad des Brigadegenerals abgeschafft würde, so könne die Zahl der Generale von 300 auf 105 vermindert werden. Ebenso soll die Altersgrenze der übrigen Offiziere herabgesetzt und die Zahl der Offiziere im ganzen von 26 000 auf 20 000 vermindert werden. Zweifellos hat Messimy darin Recht, daß es in Frankreich eine große Anzahl höherer Offiziere gibt, die in den zahlreichen Kommissionen, in denen sie verwendet werden, kaum eine ausreichende Beschäftigung finden.

Messimy behauptet, daß an 80 000 Mann dem Dienste durch ihre Verwendung als Diener, Ordonnanzen und dergleichen entzogen würden. Jede Verwendung von Soldaten zu häuslichen Dienstverrichtungen müsse als Mißbrauch der Dienstgewalt bestraft werden; sie seien nur zur Pflege der Pferde und zur Reinigung der Waffen da. Als Ersatz für diese Einsparungen sollen den Offizieren Zulagen in der Höhe von 500 bis 1000 Frks., je nachdem der betreffende Junggeselle oder Familienvater ist, gewährt werden. Die Militärmusiken, die jährlich drei Millionen Franks kosten und 12 000 Mann in Anspruch nehmen, seien abzuschaffen. Nur ein Musikkorps für die Division könne bestehen bleiben. So spare man 10 000 Mann, die dafür im Dienst der Truppe verwendet werden könnten. An Stelle der vielen Militärhandwerker und Arbeiter solle man Zivilhandwerker heranziehen; dies ergebe wiederum einen Zuschuß von 7000 bis 8000 Mann für den Dienst.

Dies sind die wesentlichsten Neuerungen, die der Gesetzentwurf enthält. Seine Aufnahme in der Presse ist verschieden. Man findet das ganze Bestreben berechtigt und den Plan wohl überlegt. Eine zweckmäßige Verwendung von Geld und Mannschaften sei in vielen Punkten durchaus erreichbar, doch gebe der Entwurf in vielen Punkten zu weit und fordere zu viel. Die Verjüngung des Offizierkorps, die Einschränkung der außerhalb der Front verwendeten Mannschaften und die vermehrte Verwendung von Zivilarbeitern durch die Heeresverwaltung finden meist Anklang.

Im Jahre 1903 betrug nach Angabe des Kriegsministers die Verminderung des Rekrutenkontingents 34 000 Mann, was aber nach seiner Erklärung in verschärften Aushebungsbestimmungen seinen Hauptgrund hatte. Zweifellos gehen aber andauernd die Geburtszahlen zurück. Die vorgeschlagene Verjüngung des Offizierkorps durch eine bedeutende Herabsetzung der Altersgrenze wird eine erhebliche Belastung des Pensionsfonds bedeuten. Bisher beträgt die Altersgrenze für die Divisionsgenerale 65, für die Brigadegenerale 62, für die Obersten 60 Jahre. Einen starken Widerspruch wird jedenfalls der Vorschlag einer so bedeutenden Verminderung der Kavallerie und der Abschaffung der Militärmusiken finden. In letzter Beziehung sei daran erinnert, daß in Frankreich die Musiker im Kriegsfalle bestimmungsgemäß als Krankenträger verwendet werden. Was die Kavallerie betrifft, so ist allerdings eine gewisse Strömung gegen diese Waffe vorhanden. Generale von der Stellung und dem Ansehen Régriers wollen sie nach den Erfahrungen des Burenkrieges zu einer berittenen Infanterie umgestalten. Doch ist nicht anzunehmen, daß diese Richtung zur Herrschaft kommt.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 9. Juni.

In der Spezialdiskussion über das Reklausegesetz werden die §§ 1 und 2 nach den Beschlüssen in zweiter Lesung endgültig angenommen. § 3 wird mit der von den Nationalliberalen beantragten Modifikation angenommen, wonach auch der Verkehr mit Blinden verboten werden kann. Ferner werden endgültig angenommen die §§ 4, 5 und 5 a, letzterer als Absatz 3 des § 14. Zum § 6 liegt ein sozialdemokratischer

Antrag vor, wonach die Bestimmung über Ermittlung der Entschädigungen und darüber, wer diese gewähren soll, die Bundesstaaten zu treffen haben; sowie der Antrag des Abg. Wolff (Bund d. Landw.), nach welchem auch ein Ertrag des Wertes der durch das Veräußerungsverbot entwerteten Aktien verlangt werden kann.

Nach den Ausführungen des Antragstellers Abg. Wolff bezeichnet Regierungsdirektor Frhr. v. Stein diesen Antrag als eine ernste Gefährdung des Zustandekommens des Gesetzes, während der sozialdemokratische Antrag für die Regierungen annehmbar sei. Benignitäts gelte dies vom ersten Teil des Antrags, welcher auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage hinauslaufe. Der zweite Teil (derselbe fordert Heranziehung der Wehrbesitzer zur Aufbringung der Entschädigung nach dem Ertrage des Besitzes unter Bildung von Interessentenverbänden) treffe die Regierungen unvorberichtet.

Schließlich wird der § 6 in der Kommissionsfassung unter Ablehnung der dazu eingebrachten Amendements angenommen. Der Rest des Gesetzes und das ganze Gesetz wird darauf einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Kaufmannsgerichte. § 5 wird debattelos in Kommissionsfassung angenommen. Ebenso die §§ 6 und 7.

Zu § 8 beantragt Abg. Gothein (Frei. Ver.), daß die Kosten der Kaufmannsgerichte nicht, wie die Vorlage will, den Gemeinden oder den weiteren Kommunalverbänden zur Last fallen sollen, sondern dem betreffenden Bundesstaate unter Zustimmung von entsprechenden Einnahmen. Der Etat der Städte verträge eine weitere Abwälzung der Lasten von Staatswegen auf sie nicht.

Direktor des Reichsamts des Innern Caspar bezeichnet den Antrag als eine ernsthafte Gefährdung des Gesetzes; er sei auch unangebracht, da doch die Kaufmannsgerichte eine Kammer des Gewerbegerichts bilden sollen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärt Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky, nach der Deduktion des Antragstellers müßte der Staat alle den Gemeinden obliegenden Kosten für polizeiliche und sanitäre z. Einrichtungen übernehmen.

Der Antrag des Abg. Gothein wird abgelehnt und der § 8 unverändert bewilligt, ebenso der § 9. In dem von der Kommission eingeschalteten § 9 a. befindet sich eine Bestimmung, welche die Frauen von der Mitgliedschaft der Kaufmannsgerichte ausschließt. Der Antrag des Abg. Müller-Weinungen und ein identischer Antrag des Abg. Auer fordern die Streichung dieser Bestimmung. Zusammen mit dem § 9 a wird der § 12 beraten. Derselbe bindet das aktive Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten an das 25. Lebensjahr, während die Kommission dafür das 21. zu setzen beantragt.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky erklärt, der Bundesrat sei entschieden gegen das passive und aktive Wahlrecht der Frauen und gegen die Herabsetzung der Altersgrenze im § 12. Was das von der Kommission neu vorgeschlagene Proportionalwahlverfahren angeht, so stehe darin gewiß ein gesunder Gedanke, dennoch erbitte er die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, da die Sache noch zu neu und unerprobt sei. Abg. Trimborn (Zentr.) erklärt, er stimme trotz der Sympathien für die Kommissionsbeschlüsse für die Regierungsvorlage, damit das wertvolle Gesetz nicht scheitere.

Abg. Lipinski (Soz.) tritt für das aktive und passive Wahlrecht der Frauen zu den Kaufmannsgerichten ein.

Abg. Müller-Weinungen (Frei. Vpt.) fährt aus, die Mehrheit müsse dem Bundesrate die Zähne zeigen, sonst werde das Parlament zum Gesetzgebungsautomaten. Die Verweigerung des Frauenstimmrechts sei eine der argen Rückständigkeit, die bedauerlicherweise auch in den süddeutschen Bundesstaaten sich zeigten. Man solle doch die Verantwortung für das Scheitern des Gesetzes dem Bundesrate zuschieben, nicht aber die Frauen auf dem Altare eines Kompromisses opfern (Große Heiterkeit). Es handle sich um eine berechtigte Vertretung der Interessen der Frauen.

Abg. Beck-Heidelberg (nat. lib.) fährt aus, er habe mit schwerem Herzen, um das Gesetz nicht zu gefährden, den (zwischen eingegangenen) Antrag Trimborn unterzeichnet, wonach der Kommissionsbeschluss, der den Frauen das aktive Wahlrecht gewähren will, aufgegeben und die Regierungsvorlage wiederhergestellt werden soll. Die Nationalliberalen seien in dieser Frage geteilter Ansicht. Wenn das Gesetz falle, werde wohl später einmal die Regierung Kaufmannsgerichte im Anschluß an die Amtsgerichte vorschlagen, wobei weder Männer noch Frauen das Wahlrecht haben.

Abg. Hennig (Konf.) schließt sich dem Vorredner an. Abg. Dove (fr. Vg.) betont, daß Gründe gegen das aktive und passive Wahlrecht der Frauen überhaupt nicht vorgebracht worden seien. Die Altersgrenze des 30. Lebensjahres sei zu hoch. Zum Beispiel würde das tüchtige Reichstagsmitglied Erzberger nicht wählbar sein.

Abg. Patten (Antifem.) erklärt, seine Freunde seien in der Frage des Frauenwahlrechts geteilter Anschauung. Das Umfallen des Zentrums und der Nationalliberalen verstimme weite Volkskreise.

Morgen Weiterberatung; außerdem Wahlprüfungen. Schluß nach 6 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 10. Juni.

Präsident Graf Balkeström eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Das Haus berät den Gesetzentwurf, betreffend die Kaufmannsgerichte, weiter.

Abg. Träger führt aus: Der Abg. Trimborn sei in der Frage des Wahlrechts der Frauen ein sozialpolitischer Hamlet mit einem heiteren und einem nasen Auge. (Heiterkeit.) Der Reichstag habe durch seine Nachgiebigkeit dem Bundesrat die Verantwortlichkeit für diese wichtige Forderung abgenommen. Im Volke werde

es heißen: „Schwachheit, dein Name ist Reichstag!“ (Geisterzeit.) Warum enthalte man elementare Rechte den Frauen vor, deren größere Wissenschaftlichkeit und Gründlichkeit nachgewiesen sei? Wer mir diese Logik hat macht, dem verspreche ich eine hohe Belohnung, bemerke aber ausdrücklich, daß dies eine Auslösung und keine Wette ist. (Geisterzeit.)

Abg. Trimborn erklärt, der von der Linken empfohlene Weg führe zum Verderben. (Widerspruch und Zurufe.) Reichstag und Bundesrat sind darauf angewiesen, sich zu verständigen und gegenseitig nachzugeben. Nur auf diesem Wege werde man soziale Gesetzgebung machen. Wenn es nach den Sozialdemokraten gegangen wäre, hätten wir gar nichts von der sozialen Gesetzgebung erlangt. Wenn die Sozialdemokraten aufrichtig Kaufmannsgerichte wollen, müsse sie für den Kompromißantrag stimmen.

Staatssekretär Graf Pobjadovsky: Ein Vergleich ergibt, daß die Kommission an der Vorlage viel Änderungen vorgenommen hat, die der Bundesrat zuerst bekämpfte, schließlich aber wohl annehmen wird. Selbst wenn die Frauen das aktive Wahlrecht erhalten, bleibt ihnen doch noch das passive verweigert. Wenn der Kompromißantrag abgelehnt wird, fällt das ganze Gesetz.

Nach weiterer Debatte wird schließlich § 9 a unter Ablehnung sämtlicher Amendements in der Kommissionsfassung angenommen, welche u. a. den Frauen das passive Wahlrecht verleiht und das aktive Wahlrecht den Männern an das zurückgelegte 25. Lebensjahr knüpft. Ebenso wird in der Kommissionsfassung § 12 angenommen, welcher u. a. den Frauen das aktive Wahlrecht bewilligt und das aktive Wahlrecht an das zurückgelegte 21. Lebensjahr bindet.

* Berlin, 10. Juni. Die Budgetkommission des Reichstages nahm bei Beratung des Serbengesetzes eine Resolution des Zentrums mit einem Abänderungsantrag Singer an, die Regierung zu ersuchen, baldmöglichst, jedenfalls mit der nächsten Revision des Serbistatistisches einen besonderen Gesetzentwurf über Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen vorzulegen. Die Kommission nahm einen Zentrumsantrag in der von Singer beantragten abgemilderten Form an, wonach der Serbistatistik mit Wirkung vom 1. April 1904 ab in Kraft tritt und wonach die nächste Revision des Serbistatistisches und der Klasseneinteilung der Orte mit Wirkung vom 1. April 1906 ab erfolgt.

Die Vorkommnisse in Armenien.

* Paris, 9. Juni. In der Deputiertenkammer wurde heute die Anfrage Pressensé über die neuesten Vorkommnisse in Armenien behandelt.

de Pressensé (Soz.) führt aus: Im englischen Unterhaus hat Carl von Perci angegeben, daß in drei Distrikten Armeniens 25 Dörfern zerstört worden seien. Der Sultan hat in diesen Dörfern Generale geschickt, die schon an früheren Verbrechen teilgenommen haben und deren Namen allein ein Programm ist. Ich selbst kam mich der Erklärung Leroy-Beaulieu anschließen, daß die Armenier gut daran getan haben, die Waffen zu ergreifen, um sich ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Die türkischen Generale haben den Befehl erhalten, die Armenier in Mord und Saffun auszurotten. In den Dörfern dieser Distrikte ist die gesamte Bevölkerung niedergemetzelt worden. Unmöglich kann Europa solchen Tragödien teilnahmslos zusehen und die Erklärungen der Türkei ruhig hinnehmen. Unser Minister des Auswärtigen hat zwar guten Willen an den Tag gelegt, aber es genügt nicht, tüchtige Konsuln im Orient zu ernennen und Vorstellungen zu machen. Der Minister muß auch das Mittel anwenden, daß er sich nicht scheute zu gebrauchen, als es sich um die Eintreibung gewisser Schulden handelte. (Gemeint ist die Entsendung eines französischen Geschwaders in der Angelegenheit Vorando-Tubint.) (Beifall rechts.) Delcassé: Als ich das Geschwader nach Mytilene sandte, habe ich die Befähigung und die weitere Ausdehnung der Zugeländnisse gefordert! Pressensé: Wenn man nicht die ganze Nation ausrotten lassen will, so darf man nicht zaudern, die Vorstellungen bei der Pforte durch eine Kundgebung zur See zu unterstützen.

Delcassé, Minister des Auswärtigen: Frankreich hat Armenien nicht vernachlässigt seit Abschluß des Berliner Vertrags. Nach Saffun, einer gebirgigen Gegend, hatten sich armenische Revolutionäre, die etwa mit den bulgarischen zu vergleichen sind, gesammelt. Die türkischen Truppen hatten den Befehl erhalten, Saffun einzuschließen. Die leidenschaftliche Schilderung, die Pressensé gegeben hat, steht nicht im Einklang mit den Berichten, die mir am 30. Mai von unserem Vertreter zugesandt worden sind. Darin wird gesagt, daß die gegenwärtige Lage in Armenien in keiner Weise mit der von 1894 zu vergleichen sei; die Bewegung sei keine allgemeine, sondern nur eine lokale gewesen. Man kennt auch nicht die Zahl der zerstörten Dörfer, die einen sprechen von 25, die andern nur von 15. Ebenso verhält es sich mit der Zahl der Opfer. Wir haben Maßregeln ergriffen, um die Konsuln, die in Mord residieren, auf ihrem Posten bleiben, um die Regierung auf dem laufenden zu erhalten. Wir werden ferner in Konstantinopel Vorstellungen erheben, um dem Sultan zu beweisen, daß die Unterdrückung des Aufstandes geboten ist. Die Regierung hat ihre Pflicht getan und wird sie auch fernerhin tun.

de Pressensé erklärt, der Minister habe versucht, die Bedeutung der Ereignisse abzuschwächen. Es genüge nicht, in Armenien Konsuln zu halten, nur um die Ereignisse zu registrieren. Man müsse sich auf den Boden des Artikel 61 des Berliner Vertrags stellen, der noch nicht ausgeführt sei, oder wolle Frankreich seine Flotte nur mobilisieren, wenn es sich um die Eintreibung von Schulden handle? Damit ist die Anfrage erledigt.

(Telegramm.)

* Konstantinopel, 10. Juni. Die Botschafter Englands Frankreichs und Russlands haben gestern der Pforte den dringenden Rat erteilt, bei der Unterdrückung der armenischen Unruhen im Vilajet Bitlis Ausschreitungen zu verhindern. Die Pforte verspricht, ihre diesbezüglichen Befehle energisch zu erneuern.

Der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika.

(Telegramm.)

* Berlin, 9. Juni. Gouverneur Leutwein meldet aus Dijofoja, 8. Juni: Von der Hauptabteilung sind

die siebente, zehnte und elfte Kompanie, die vierte, fünfte und sechste Batterie, die Maschinenabteilung Dürr zu vier Geschützen und die Funkentelegraphie noch bei Dijofoja. Die Witboiabteilung ist heute zur Aufklärung gegen die Linie Dfire-Nabitua vorgeschickt. Sie soll gleichzeitig die Verbindung mit v. Gitorff aufnehmen. Die fünfte Kompanie ist nach Dkatumba vorgeschoben.

Der amerikanisch-marokkanische Zwischenfall.

(Telegramme.)

* Paris, 10. Juni. Das „Petit Journal“ will wissen, man beschäftige sich im Marineministerium mit der Möglichkeit, ein oder zwei Kriegsschiffe nach Marokko zu schicken, sobald die Lage dort sich noch ernster gestalten sollte. Pelletan habe gestern Abend über diese Angelegenheit mit dem Seeräcken von Toulon eine telefonische Unterredung gehabt; doch sei noch kein Beschluß gefaßt worden.

* London, 9. Juni. Das Reutersche Bureau meldet aus Tanger: Es wurden nur zwei unbewaffnete marokkanische Matrosen zum Schutze der Gemahlin des belgischen Gesandten, einer geborenen Amerikanerin, gelandet. Der Gesandte weile gegenwärtig in Fez. Die Truppen des Sultans hätten Befehl erhalten, nach Fez zu gehen. Dies sei eine der Bedingungen Raisulis.

* Washington, 10. Juni. Staatssekretär Hay hat dem amerikanischen Konsul in Tanger telegraphische Weisung erteilt, nichts zu tun, was die Vereinigten Staaten engagieren könnte, in irgend einer Weise den marokkanischen Räubern Straßlosigkeit zu verbürgen, oder was so viel bedeutete, als ob die Vereinigten Staaten Räuberei und Erpressung in Marokko als zu Recht bestehend anerkennen würden.

Der russisch-japanische Krieg.

(Telegramme.)

Die Kämpfe um Port Arthur.

* St. Petersburg, 10. Juni. Wie ein Telegramm des Generaladjutanten Kuropatkin meldet, erschien am 7. Juni gegen 1 Uhr nachmittags ein japanisches Geschwader an der Westküste der Liautungshalbinsel, das anfangs aus 6 Schiffen bestand und später beträchtlich verstärkt wurde. Das Geschwader kreuzte an der Küste und beschloß dieselbe westlich von Kaitichou und Semitschen; es richtete das Feuer auf die russischen Stellungen. Gegen 7 Uhr hörte das Bombardement auf; das Geschwader entfernte sich in südlicher Richtung. Die Russen erlitten weder Verluste, noch Materialschaden.

* Paris, 10. Juni. Nach einer Privatbesprechung aus St. Petersburg ist gestern Abend das Gerücht verbreitet gewesen, daß der Zar folgendes Telegramm erhalten habe: „Bin in Port Arthur eingetroffen. Admiral Skrydloff.“

Man frage sich, ob Skrydloff allein oder mit der russischen Madwostofflotte dort eingetroffen sei.

Die Lage in der Mandschurie.

* St. Petersburg, 10. Juni. Nach einem Telegramm Kuropatkins vom 7. Juni erschienen sechs feindliche Schiffe um 8 Uhr morgens südlich von Guandjiaun, 25 Werst südwestlich von Semitschen und setzten Boote aus. Sechs andere Schiffe begannen die Küste bei Semitschen und die Stadt zu beschießen. Eine Embung fand nicht statt. Südlich der russischen Stellung gruppieren sich die japanischen Truppen in einer Ausdehnung von 16 Werst von Pulantien bis Tandtschan im Tale des Tschahho. Am 7. Juni rückte eine japanische Abteilung von Fjngwangantschön nach Norden im Gebiet von Tofangou, 30 Werst nordwestlich von Fjngwangantschön vor. An demselben Tage wurde eine russische Abteilung, welche Salmaisi besetzt hielt von einer etwa brigadestarken japanischen Abteilung angegriffen, und zog sich langsam vor der Übermacht des Gegners zum Fjngkullinpaß zurück. Auf russischer Seite sind zwei Offiziere verwundet und gegen 100 Mann getötet und verwundet.

* Mukden, 10. Juni. Die Armee des Generals Kuropatkin befindet sich in der Vorwärtsbewegung. Die russischen Vorposten sind in dem Gebiete von Samatsho und Tschienfan auf beträchtliche japanische Streitkräfte gestoßen. Jeden Tag findet ein Scharmügel zwischen den beiderseitigen Vorposten statt. Die russischen Truppen gehen langsam vor dem überlegenen Feinde zurück.

* St. Petersburg, 10. Juni. Der zur Mandschurie Armeekommandierte preussische Major von Runkel aus dem Generalstab wurde gestern vom Kaiserpaar in Szarskoj-Szelo in Audienz empfangen.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 10. Juni.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag 11 Uhr in Schloß Baden die Professoren Keller, Volz und Thoma von der Akademie der bildenden Künste und Hofrat Dr. von Dechelshäuser von der Technischen Hochschule in Karlsruhe, welche Ihre königlichen Hoheiten den Großherzog und die Großherzogin zu dem am 14. d. M. erfolgenden Eröffnung der Jubiläumsausstellung einladen. Die Erhöhen nahmen auf Einladung der Höchsten Herrschaften an der Frühstückstafel teil. Um 12 Uhr empfing Seine königliche Hoheit der

Großherzog den Oberbürgermeister Striff und den Stadtratssekretär Hamming aus Bruchsal, Vorsitzenden des dortigen Gesangsvereins Niederkrantz. Die Genannten überbrachten den Großherzoglichen Herrschaften eine Einladung zur Feier des 50jährigen Bestehens des Vereins am 12. d. M. Hierauf meldete sich der Oberleutnant von Klüber, bisher im 4. Kürassier-Regiment, jetzt in der kaiserlichen Schutztruppe vor seiner Abreise nach Südwestafrika.

* Erweiterung des Sprechbereichs. Vom 9. bzw. 10. Juni ab ist das hiesige Ortsfernpreknetz zugelassen zum Sprecheverkehr mit: Kleinlaudenburg (Gesprächsgebühr 1 M. Nachen und Reisenbach (Gesprächsgebühr) 50 Pf. In den Ortsbereich von Kleinlaudenburg sind einbezogen Binzen, Hochsal, Rogel (B.) und Lutivaren (B.).

* (Mitteilungen aus der Stadtverwaltung vom 8. Juni.) Beim Bürgerausschuß wird die Zustimmung dazu beantragt, daß mit einem aus Anlehensmitteln zu bedeckenden Kostenaufwand von 60 000 M. das Verwaltungsgebäude der städtischen Straßenbahn an der Tullastrasse durch einen zweistöckigen Anbau vergrößert werde. — Der Vorsitzende des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs für Karlsruhe und Umgebung, Herr Stadtrat Oßertag, berichtet über die Verhandlungen des Verbandstages der deutschen Verkehrsvereine, dem er namens des Stadtrats und des hiesigen Verkehrsvereins am 25. v. M. in Hannover angewohnt hat. — Nach Mitteilung des Badischen Obbauvereins ist für den kommenden Herbst die Abhaltung eines Obbaukongresses in hiesiger Stadt in Aussicht genommen. Der Stadtrat sagt tünliche Förderung des Unternehmens zu und stellt zur Unterbringung des Marktes die Ausstellungshalle zur Verfügung. — Für die Benützung von Gehwegflächen zur Aufstellung von Wirtschaftsstischen und Stühlen vor hiesigen Hotels und Wirtschaften sind für das laufende Jahr 1 040 M. fällig, die der Stadtkasse in Einnahme gewiesen werden. — Zur Verabreichung von Bädern an die Kinder der Kleinfinderschule des Luisenhauses wird das Brausebad der Mädchenschule in der Marktgrabenstraße Mittwoch und wenn erforderlich auch Freitag nachmittags unentgeltlich zur Verfügung gestellt. — Für die Beschaffung zweier Seewasser-Aquarien für den Stadtpark werden 150 M. bewilligt. — Den auswärtigen Teilnehmern an dem am 27. und 28. d. M. hier stattfindenden Badischen und Elsaß-Lothringischen Photographentag wird je ein Exemplar des Führers durch Karlsruhe kostenlos behändigt. — Der Großherzoglichen Akademie der bildenden Künste werden die anlässlich der Feier des 50jährigen Jubiläums auf den 15. d. M. gemünzten Dekorationsgegenstände aus städtischen Beständen leihweise und unentgeltlich abgegeben. — (Die Enthüllung des Bismarckdenkmals) auf dem Festplatz ist nun endgültig auf Sonntag, den 3. Juli d. J., vormittags 11 Uhr, festgesetzt. Der Enthüllungsfestlichkeit soll ein Festakt im großen Saale der Festhalle vorhergehen. Das Programm für die fraglichen Veranstaltungen wird nach den Vorschlägen der Festkommission genehmigt, und wird demnächst bekannt gegeben werden.

* (Aus dem Polizeibericht.) Donnerstag vormittag 11 Uhr fiel der Fuhrmann eines Abfuhrwagens vor der Grenadierskaserne in der Marktstraße wahrscheinlich infolge eines Schlaganfalls vom Bock zu Boden und gingen ihm die linken Wagenräder über Brust und Kopf, so daß ihm die Schädeldecke eingebrückt wurde und der Tod sofort eintrat. Die Leiche wurde nach der hiesigen Leichenhalle verbracht. — Gestern nachmittag 7 Uhr wurde Ecke Luisen- und Marienstraße ein Scheiner von einem zu rasch fahrenden Fuhrwerk angefahren und zu Boden geworfen und am linken Hüfte leicht verletzt. Der Vorfall verursachte einen Menschenauflauf. — Gestern vormittag 10 Uhr wurde eine Frau beim Ueberstreifen der Karl-Friedrichstraße bei der Jähringerstraße vom Pferd einer im Schritt fahrenden Droschke zu Boden gestoßen und erlitt hierbei eine leichte Verletzung am Hinterkopf. Die Frau hatte den Zuruf des Kutschers, da sie schwerhörig ist, nicht gehört. Der Kutscher konnte das Pferd nicht schnell genug anhalten.

* Kleine Nachrichten aus Baden. Auf einem Grundstück in Meßkirch wurde ein Massengrab, vermutlich ein österrichisches, aufgefunden. Es dürfte aus dem Jahre 1800 stammen, in welchem die Schlacht bei Meßkirch (5. Mai) stattfand. — Im Felsenbade in Achern wurde der 17 Jahre alte Sohn des Herrn Bürgermeisters Ketterer aus Faudenbach anfehlend von einem Schlaganfall betroffen. Er ertrank und konnte, nachdem das Wasser abgelassen worden war, gelandet werden.

Das Attentat auf den russischen Gesandten in Bern.

(Telegramme.)

* Bern, 10. Juni. Ein seit längerer Zeit hier lebender Mann, wahrscheinlich ein Pole, gab heute auf der Straße auf den hiesigen russischen Gesandten Schadowsky einen Revolverbeschuß ab. Der Beschuß traf den Gesandten in den Kopf, doch konnte er sich noch ins Hotel „Werner Hof“ begeben. Die Verwundung scheint eine schwere zu sein.

* Bern, 10. Juni. Der Urheber des Attentats ist der russische Untertan Ingenieur Baron Zinitsky. Er ist verhaftet. Vor längerer Zeit führte er in einer Zeitung Beschwerde über die russischen Behörden wegen Vorenthaltung ihm gehöriger Güter. Er soll einen Prozeß verloren haben. Man nimmt an, daß Zinitsky geistig nicht normal ist. Eine Lebensgefahr für den Gesandten Schadowsky besteht nicht.

Ausfälle in Frankreich.

(Telegramm.)

* Paris, 9. Juni. Senat. Coullaine (Rechte) bringt eine Interpellation ein über die Unruhen aus Anlaß des Ausstandes in Orient, und behauptet, die Schwäche der Regierung habe die gemerksmäßigen Aufreizer ermutigt. Der Ausstand in den Häfen breche jedesmal aus, wenn sich der Marineminister Pelletan, begleitet von der roten Fahne, dorthin begeben. (Beifall rechts.)

Delobean (Republikaner) führt aus, die dortigen Unruhen seien eine Folge der sozialistisch ausgefallenen Gemeinderatswahl. Er verlange, die Regierung möge

Mahregeln für die Sicherheit der Ruhe und Ordnung ergreifen.

Der Ministerpräsident Combes ergreift das Wort und erklärt, die Regierung habe nicht versäumt, die Freiheit der Arbeit zu schützen und für die Sicherheit der Person und des Eigentums zu sorgen...

Nach Erwidern von Lamarzelles und Chamailards, welche der Regierung vorwerfen, die Ruhestörer zu ermutigen, wurde mit 168 gegen 88 Stimmen die von Combes gebilligte Tagesordnung angenommen...

England und der Kongostaat.

(Telegramm.)

London, 9. Juni Unterhaus. Auf eine Anfrage erklärte der Staatssekretär für Indien, Brodrick, daß die Regierung nicht beabsichtigt, nach Kabul eine Mission zu senden...

Nachdem verschiedene Redner die im Kongostaat verübten Grausamkeiten und die Verletzung der Rechte der dort Handel treibenden britischen Staatsangehörigen stark kritisiert haben, erklärte Unterstaatssekretär Borch, die Regierung habe die seitens der Missionare und der Handelstreibenden gegen die Kongoregierung erhobenen Anschuldigungen auf deren Wert geprüft...

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Tschow (Dziapriegnis) 10. Juni. Das Kaiserpaar begab sich gestern vormittag von Wildpark nach Heiligengrabe zur Wiedereinweihung der renovierten Heiligblutkapelle...

Badsham, 10. Juni. Seine Majestät der Kaiser besichtigte heute vormittag in Gegenwart Ihrer Majestät der Kaiserin die 1. und 3. Garde-Regimenter auf dem Vorpostenfeld...

Berlin, 9. Juni. Die Justizkommission des Abgeordnetenhauses beriet den Gesetzentwurf über die Bestrafung des Spiels in außerpreussischen Lotterien. Aus der Kommission wurde beantragt, die Regierung zu befragen...

Stimmig mit einem Antrage angenommen, nach welchem anstelle der Geldstrafe im Unermögensfalle Haftstrafe tritt. Die nächsten Paragrafen werden unverändert angenommen. § 8, welcher scharfe Strafen gegen Kollekteure enthält...

Dresden, 10. Juni. Seine Majestät der König hat den größten Teil des gestrigen Tages außer Bett zugebracht. Sein Befinden ist im allgemeinen zufriedenstellend. Die Nacht war durch Hustenreiz und Kurzatmigkeit wieder mehrfach gestört.

Stuttgart, 9. Juni. Die Kammer der Ständeherrn verwies den Initiativgesetzentwurf des Fürsten zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg und Genossen, betreffend die Schulgesetznovelle, an die Volksschulkommission mit dem Auftrag, zu untersuchen, ob nicht in dem vom Hause früher angenommenen ersten Artikel der Schulgesetznovelle weitere Verbesserungen eingefügt werden können.

Stuttgart, 10. Juni. Ministerpräsident Dr. von Dreiling und Kultusminister Dr. v. Weizsäcker haben sich, laut „Schwäb. Merkur“, gestern nach Bebenhausen begeben, um dem König über das Scheitern der Schulreform Vortrag zu erstatten. Die Minister kehrten abends hierher zurück.

Paris, 9. Juni. Die Budgetkommission der Kammer erörterte heute den außerordentlichen Kolonialkredit von 2 Millionen Franken. Derselbe ist für die Vollendung der Bestimmungsbauarbeiten in Indochina, für verschiedene Flottenstützpunkte, sowie für die erforderlichen Besatzungstruppen bestimmt.

Rom, 10. Juni. Die „Agence Stefani“ veröffentlicht folgende Note: Da häufig Artikel italienischer Zeitungen, welche eine Beurteilung der auswärtigen Politik enthalten, im Auslande als indirekte Kundgebung der Meinung der Regierung aufgefaßt werden, muß wiederholt festgesetzt werden, daß in Sachen der auswärtigen Politik die italienische Regierung als Ausdruck ihrer Meinung nur die amtlichen Mitteilungen und die im Parlament abgegebenen Erklärungen anerkennt.

Madrid, 10. Juni. Kammer. Salmeron greift den König an, der während der letzten Stunden der Königin Isabella auf Reisen seinem Vergnügen nachgegangen sei, und erwägt die Erklärung des Grafen Romanones, daß Spanien dem Dreibund angehört habe. Ministerpräsident Maura weist die Angriffe Salmerons zurück. Die Reize des Königs habe einen Ausbruch der Gefühle der Monarchisten hervorgerufen. Der Ministerpräsident bestritt die Erklärungen des Grafen Romanones über den Eintritt Spaniens in den Dreibund.

St. Petersburg, 10. Juni. Das Russ. Tel.-Bureau ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die Meldung ausländischer Blätter von angeblichen großen Unruhen, die in Riga am 3. Juni stattgefunden haben sollen, und wobei viele Ruhestörer getötet und verwundet worden seien, vollständig erfunden ist, und daß auch die Meldung des Londoner „Standard“, nach welcher kürzlich in Südrussland tausend Personen verhaftet worden seien, falsch ist.

Konstantinopel, 10. Juni. Der Kommandant des französischen Mittelmeerflottenkommandos, Vizeadmiral Gourdon, traf mit seinem Stabe am Bord des Kreuzers „Annois“ hier ein. Morgen findet im Yıldizpalast zu Ehren der französischen Gäste ein Diner statt.

Konstantinopel, 8. Juni. Die Pforte lehnte das von Griechenland angestrebte Schiedsgericht der Großmächte in der Frage der Gewerbesteuerstreitigkeiten ab. Die Pforte erklärte, die Gewerbesteuerabgaben der griechischen Untertanen betrügen etwa 150 000 Pfund, worauf sie abgesehen von ihrem Recht, angesichts der großen, durch die Reformen verursachten Ausgaben nicht verzichten könne.

Washington, 9. Juni. Neuter. Admiral Sigbee telegraphiert aus Monte Christi: Alle Häfen von Santo Domingo sind jetzt für den Handel offen. Die Revolution ist beendet.

Rio de Janeiro, 9. Juni. Die perubianische Frage ist in ein Stadium friedlicher Lösung eingetreten. Man spricht von einer gemischten Verwaltung, die für das strittige Gebiet eingesetzt werden soll.

Ferrieschiedenes.

Danzig, 9. Juni. In Gegenwart der Spitzen der Zivil- und Militärbehörden sowie eines großen Publikums wurde heute die 18. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft durch Seine Königliche Hoheit den Prinzen Friedrich Heinrich von Preußen eröffnet, der dabei folgende Ansprache hielt:

Meine Herren! Vor wenigen Wochen konnte die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft sich des Tages erinnern, an dem vor zwei Jahrzehnten eine kleine Zahl westlicher Männer unter Führung des verdienten Geheimrats v. Cytz, den ich am heutigen Tage besonders begrüßen möchte, sich entschloß, eine ganz Deutschland umfassende landwirtschaftliche Vereinigung zu gründen. Unter den Mitteln, welche man damals ins Auge faßte, um für die Landwirtschaft, unser aller Nährmutter, alle Wege gangbar zu machen und ihr neue Wege zu weisen, stand die Ausbildung des Ausstellungswesens in erster Linie. Heute schicken wir uns an, die achtzehnte dieser allgemeinen deutschen landwirtschaftlichen Ausstellungen zu eröffnen. Wer will erweisen, welche Fülle des Nutzens diese Ausstellungen gebracht haben.

Die Hingebung, mit welcher die Landwirte ihre Schöpfungen ausstellten, der stets wachsende Andrang von Ausstellern und Besuchern sind ein Beweis für die Wertschätzung dieser Ausstellungen. Die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft will die Segnungen des zeitgemäßen Fortschritts in alle Teile unseres Vaterlandes tragen. Immerhin ist es erst das zweite Mal innerhalb achtzehn Jahren, daß sie ihre Feste förmlich von der Weichsel aufgeschlagen hat, doch warten ihrer hier noch große Aufgaben. Hoffen wir, daß die Ausstellung in Danzig die Hoffnungen erfüllen werde, welche weite Kreise auf sie setzen. Ehe ich, meine Herren, die Wanderausstellung 1904 als eröffnet erkläre, habe ich mich eines Auftrages Seiner Majestät des Kaisers und Königs zu entledigen, der sein Bedauern auszusprechen läßt, daß er diesmal verhindert ist, die Ausstellung zu besuchen, ihr aber in seiner landesväterlichen Huld reichen Erfolg wünscht. Lassen Sie uns, meine Herren, unsern Dank für diese gnädigen Wünsche des erhabenen, geliebten Schirmherrn unserer Gesellschaft in dem Rufe ausdrücken: Seine Majestät, unser allergnädigster Herr, lebe hoch, hoch, hoch!

Lübeck, 9. Juni. Dem präsidierenden Bürgermeister Dr. Klug, der heute den Jubiläumstag seiner 25-jährigen Zugehörigkeit zum Senate der Stadt Lübeck feierte, sandte der Kaiser nach einer Meldung der amtlichen „Lübeckischen Anzeigen“ ein Glückwunschtelegramm, in welchem ausgesprochen wird, daß es Seiner Majestät zur Freude gereiche, seinen aufrichtigen Glückwunsch auszusprechen, und seine Hoffnung damit zu verbinden, daß es dem Bürgermeister noch lange zum Wohle seiner altherwürdigen, glorreichen Vaterstadt zu wirken vergönnt sein möge. Stadt und Hafen sind festlich beflaggt.

Stuttgart, 10. Juni. Der Rektor der technischen Hochschule, Professor Karl Weidrecht, ein bekannter schwäbischer Dichter und Aesthetiker, ist nach längerem Leiden im Alter von 56 Jahren gestorben.

Brüg, 10. Juni. Dieser Tage wurde in dem Hofraum eines Gasthofes eine Pinge (Vertiefung der Erdoberfläche die durch Zusammenbrechen unterirdischer Bergmäntlicher Baue entsteht) von 2 1/2 Meter Durchmesser und 2 Meter Tiefe bemerkt. Eine Gefahr für die Umgebung ist nicht vorhanden. Die Bevölkerung ist nicht beunruhigt. Die Zuschüttung der Pinge ist verfügt.

Grenoble, 9. Juni. Zwei an der hiesigen Universität instruierte Deutsche, der 32-jährige Assessor Hoppe-Erben (?) aus Dresden und der 18-jährige Kraemer unternahmen Sonntag eine fahrerlose Besteigung des Chamorouffe und wurden seither vermißt. Eine Abteilung Alpenjäger sowie mehrere Gensd'armen unternahmen eine Rettungs Expedition, Hoppe wurde gestern an einem Abhang des Romancheberges mit gebrochenem Fuß und vollständig erschöpft, Kraemer an einer Felswand bei Rivot tot aufgefunden. Hoppe wurde ins Krankenhaus zu Grenoble gebracht.

Stand der Badischen Bank

am 7. Juni 1904.

Table with financial data for the Badische Bank, including Aktiva (Metallbestand, Reichsschatzschekine, etc.) and Passiva (Grundkapital, Reservefond, etc.)

Die weiter begebenen, noch nicht fälligen deutschen Wechsel betragen 492 710 M. 09 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Wasserstands-Nachrichten.

Eingelaufen Freitag den 10. Juni, vormittags.

Rhein. Waldshut: Heute nacht 1 Uhr 375 cm, heute früh 7 Uhr 394 cm, gestiegen 19 cm; steigt stark.

Wetternachrichten aus dem Süden

Legano Regen 16 Grad; Triest bedeckt 23 Grad; Nizza heiter 20 Grad; Florenz bedeckt 20 Grad; Rom Regen 20 Grad; Cagliari wolfig 19 Grad; Brindisi bedeckt 24 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 10. Juni 1904.

Während Nordwesteuropa noch von einem Maximum bedeckt wird, bildet Mitteleuropa ein ausgedehntes Gebiet niedrigen Druckes, das außer einer wolkengebildeten Depression über den Niederlanden noch mehrere flache Minimume enthält. Das Wetter ist deshalb meist trüb und regnerisch. Vermutliche Witterung: trüb, kühl, regnerisch.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Table with weather observations for Karlsruhe, including date, time, barometer, thermometer, wind, and sky conditions.

Höchste Temperatur am 9. Juni: 21.9; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 15.2.

Niederschlagsmenge des 9. Juni: 10.4 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxan, 10. Juni: 5.28 m, gefallen 8 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Karlsruhe B. Das hiesige Institut Fecht (Internat und Externat) bereitet individuell nach bewährter Methode vor zum Einjährigen-Führer- u. Seekadetten-Examen, sowie für U III bis U I. Seit 1876 haben durchschn. 91 v. H. der Entlassenen bestanden. Geprüfte Fachlehrer. Halbjährige Kurse. Anfertigung der Aufgaben unter Aufsicht. Kurze Augustferien. Eintritt jederzeit. Empfehlungen im Prospekt.

Hermann Ries

erstes Spezialgeschäft und Versandhaus

4 Friedrichsplatz 4

Besen, Bürsten, Kämme, Schwämme jeder Art.

Spezialitäten in

Zahn-, Nagel-, Kopf- und Kleiderbürsten.

8566.2

Echte Palisander-, Zitronen- und Olivenholz-Kopfbürsten, aus Japan bezogen, empfehlen sich als besonders vorteilhaft.

Gernsbach.

Murgtal-Eisenbahn-Gesellschaft.

Die Herren Aktionäre werden zu der am Samstag den 25. Juni 1904, vormittags 10 Uhr, auf dem Rathaus in Gernsbach stattfindenden ordentlichen Generalversammlung hiermit höflichst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichts, der Bilanz für das Jahr 1903.
2. Anerkennung der Richtigkeit der Abrechnung mit Entlastung des Verwaltungsrates.
3. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes in Gemäßheit des Statuts, bezw. Festsetzung der Dividende und sofortige Zahlung nach Genehmigung durch die Generalversammlung.
4. Wahl für die austretenden (wieder wählbaren) Verwaltungsratsmitglieder Kommerzienrat G. Klumpp und Otto Weber, ferner Ersatzwahl für das zurückgetretene Verwaltungsratsmitglied G. Kah.
5. Uebernahme der Murgtalbahn durch den Staat und Auflösung der Gesellschaft.

Da auf Grund der Statuten § 17, 18 und 21 eine Mehrheit von drei Vierteln bei der Generalversammlung vertretenen Aktienkapitals nötig ist, bitten wir um zahlreiches Erscheinen.

Gernsbach, den 8. Juni 1904.

Für den Verwaltungsrat:
Klumpp.

8386.2

In Karlsruhe zu haben bei: Carl Götz, Lotteriebänk, Hebelstrasse 11/15; Chr. Wieder, Kriegstrasse 3a; C. Wegmann, Waldstrasse 29; Jacob Heppes, Erbprinzenstrasse 20; Ludwig Michel, Amalienstrasse 5.

Ziehung 6., 7., 8. und 9. Juli 1904

zu Freiburg i. Br. 250 000 Lose.

Freiburger Geld-Lotterie

zur Wiederherstellung des Münsters zu Freiburg.

Loose à M. 3.30

12,184 Geldgewinne, ohne Abzug:

M. 322,500

1 Haupt-Gewinn M. 100,000

1 Haupt-Gewinn M. 40,000

1 Haupt-Gewinn M. 20,000

1 Haupt-Gewinn M. 10,000

1 a 5000 = 5000

2 a 3000 = 6000

2 a 2000 = 4000

3 a 1000 = 3000

20 a 500 = 10000

200 a 100 = 20000

200 a 50 = 10000

1000 a 20 = 20000

2000 a 10 = 20000

8750 a 6 = 52500

Zu beziehen durch die Generalagentur

Eberhard Fetzer in Stuttgart

und durch die Direktion der Freiburger Münsterbau-Lotterie in Freiburg i. Br.

Gausbach im Murgtal. Station Weissenbach.

„Gasthaus zum Waldhorn“.

Vorlesen zu jeder Tageszeit. Bier vom Faß. ff. Weine. Separate Gesellschaftszimmer mit Klavier. Eigenes Fuhrwerk. Telefon im Hause. Lohndienst Ausflugsort für Gesellschaften und Vereine. 3785-5 Inhaber: Ernst Frey

Rechts unmittelbar am Ausgang des Bahnhofes. Das ganze Jahr geöffnet.

Hotel und Restaurant Stadt Baden Baden-Baden.

Feines Touristen- und Familien-Hotel mit bescheidenen Preisen. — Elektrisches Licht, Badezimmer, Garten. — Modernes, neu eingerichtetes Restaurant mit offenem hellem und Münchner Bier. — Mittagessen von 11/2—2 Uhr zu festen Preisen.

Inhaber: Carl Lang.

Seidene Kleider werden in allen Farben gefärbt

Färberei Ed. Printz, Karlsruhe.

Die 37. Prämienziehung des 4prozentigen Badischen Eisenbahn-Prämien-Anlehens von 1867 betreffend.

Bei der heute bewirkten 37. Prämienziehung des 4prozentigen Badischen Eisenbahn-Prämien-Anlehens von 1867, woran die am 2. April l. J. gezogenen 72 Serien:

5, 27, 88, 164, 230, 258, 280, 315, 355, 376, 479, 517, 520, 524, 554, 692, 761, 791, 807, 846, 855, 863, 887, 958, 971, 1034, 1095, 1098, 1169, 1182, 1207, 1208, 1239, 1270, 1306, 1348, 1354, 1382, 1474, 1481, 1515, 1551, 1573, 1596, 1627, 1649, 1744, 1805, 1813, 1861, 1933, 1934, 1943, 1949, 1956, 1965, 1969, 1990, 2079, 2104, 2120, 2122, 2156, 2159, 2162, 2202, 2242, 2294, 2320, 2330, 2344, 2388,

Tell genommen haben, sind nachstehende Schuldverschreibungen mit den beigefügten, durch den Tilgungsplan bestimmten Kapital- und Prämien-Beträgen gezogen worden:

Schuldversch. Nr.	63481 mit 120 000 M.
"	" 8157 " 36 000 "
"	" 107902 " 12 000 "
"	" 81346 " 4 800 "
"	" 54749 " " "
"	" 115971 mit je 2 400 "

Schuldversch. Nr. 216, 1348, 11488, 25838, 25343, 25983, 27682, 34558, 38001, 39509, 42282, 44344, 48537, 48546, 54715, 54881, 59067, 60332, 65270, 76704, 81330, 93018, 93019, 96632, 96658, 98404, 105187, 106056, 106089, 110073, 112099, 115986, 117181, 119367 mit je 600 M.

Alle übrigen zu den oben bezeichneten 73 Serien gehörigen Schuldverschreibungen werden lediglich mit dem Nennwert von je 300 M. eingelöst. Borgenannte Kapital- und Prämien-Beträge werden vom 1. August laufenden Jahres an bei der Kasse der unterzeichneten Verwaltung, sowie bei den hierzu verpflichteten Großherzoglichen Staatskassen, ferner in Berlin bei der Direktion der Diskontogesellschaft, in Frankfurt a. M. bei der Direktion der Diskontogesellschaft und der Frankfurter Filiale der Deutschen Bank und in Mannheim bei W. H. Radenburg & Söhne gegen Rückgabe der betreffenden Schuldverschreibungen und der dazu gehörigen, noch nicht verfallenen Zinscheine nebst Zinscheinanweisungen ausbezahlt.

Die Verzinsung der verlosenen Schuldverschreibungen hört mit dem 1. August laufenden Jahres auf.

Wer die Zahlung vor dem Heimzahlungstermin zu empfangen wünscht, kann solche bei den hierzu verpflichteten Großherzoglichen Staatskassen sofort mit den laufenden Zinsen bis zum Zahlungstage einschließlich erhalten, so zwar, daß die den Nennwert übersteigenden Prämien mit einem Abzug von 3% fürs Jahr vom Einlösungstag bis zum Verfalltag gerechnet diskontiert werden.

Bei diesem Anlaß werden die Besitzer folgender Schuldverschreibungen, welche von den früheren Verlosungen noch ausstehen, aufgefordert, die bezüglichen Beträge zu erheben:

Nr. 1105, 1110, 2224, 2227, 2244, 2248, 2320, 2474, 2475, 2476, 4504, 4505, 4506, 4531, 5381, 7053, 9690, 10214, 10215, *10509, 10851, 10899, 10900, 11433, 11439, 11442, 12733, 12739, 20204, 20230, 20236, 20237, 20241, 20358, 20382, 24909, 24821, 25032, 25869, 30311, 30870, 30886, 31181, 31594, 34705, 34743, 35358, 35363, 36305, 36990, 39779, 39789, 39798, 44705, 47578, 47588, 47594, 50124, 50137, 50150, 51572, 52414, 52415, 52438, 54394, 55185, 57366, 57378, 57525, 60715, 60731, 61304, 61305, 61329, 61755, 61813, 62609, 66420, 66643, 66644, 67964, 67994, 67995, 67996, 71556, 73001, 73033, 73442, 73048, 73734, 73735, 73740, 76885, 79132, 80221, 80225, 80227, 83491, 84427, 84841, 89032, 90278, 91728, 93390, 93646, 94716, 94890, 96320, 96321, 97583, 97598, 97599, 100746, 107020, 107026, 107844, 110170, 110171, 110172, 110806, 110823, 111673, 111700, 114344, 115308, 115495, 117207, 117842.

Die mit * bezeichnete Schuldverschreibung Nr. 10509 ist dem Besitzer abhanden gekommen.

Karlsruhe, den 1. Juni 1904.

870

Großh. Badische Staatsschuldverwaltung.

Bier Haupttreffer

drei Pferde und eine Kalbin
Lamen in der Offenburger Lotterie an meine werte Kundenschaft. Diese und alle anderen Gewinne zahle ich sofort bar aus. Für morgige Ziehung der Straßburger offeriere noch Lose à 1—M., 11 St. 10.— ausnahmsweise. Ebenso Mannheimer Ausstellungenlose, Freiburger à 3.30, 10 St. 30.— M. 874

Carl Götz

Hebelstrasse 11/15 Karlsruhe.

Leopold Kölsch
Weiss & Kölsch Detail
Karlsruhe
211 Kaiserstrasse 211.
Spezialität.
Herren-Hemden n. M.
Bester Sitz. Beste Stoffe.
Qual. 1903 glatter Einsatz
Mk. 22.— per 1/2 Dtzd.

Bekanntmachung.

8.817. Mannheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Leo Kollmann in Mannheim soll mit Genehmigung des Gerichts die Schlussverteilung stattfinden.

Der verfügbare Massenbestand beträgt 6092 M. 14 Pf. Zu berücksichtigten sind 33 428 M. 50 Pf. unvorrechtigte Forderungen.

Mannheim, den 4. Juni 1904.

Der Konkursverwalter:
Dr. Feist,
Rechtsanwalt.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Konkursverfahren.

8.868.2.1. Nr. 10207. Rechl. Gustav Groß, Herrengardenerbegehr, in Lörrach, vertreten durch Rechts-agent Peter Zittel daselbst, klagt gegen den Kaufmann David Noh von Rechl. zurzeit an unbekanntem Ort abwesend, unter der Behauptung, daß der Beklagte dem Kläger aus Kauf von Kleidungsstücken vom Jahre 1901 und 1902 den Betrag von 180 Mark nebst 4 Prozent Zins vom Klageaufstellungstage an schulde, mit dem Antrage, auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 180 Mark nebst 4 Proz. Zins vom Klageaufstellungstage an und auf vorläufige Vollstreckbarerklärung des Urteils.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Rechl. auf:

Donnerstag den 14. Juli 1904, vormittags halb 9 Uhr,

Zimmer Nr. 1.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug aus der Klage bekannt gemacht.

Rechl., den 6. Juni 1904.

Großh. Amtsgericht I.
Der Gerichtsschreiber.
Reher.

Konkursverfahren.

8.852. Nr. 5234. Mannheim.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Zigarrenhändlerin Frau Elise Melzer in Mannheim ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen Schlusstermin bestimmt auf

Montag den 4. Juli 1904, vormittags 11 Uhr,

vor dem Amtsgerichte hier selbst, 2. Stock, Zimmer Nr. 2.

Mannheim, den 8. Juni 1904.

Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3.
Ehrmann.

Konkursverfahren.

8.851. Nr. 10976. Lahr. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Glasermeisters Karl Thander in Lahr ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf

Dienstag den 28. Juni 1904, vormittags 11 Uhr,

vor dem Großherzoglichen Amtsgerichte Lahr bestimmt.

Lahr, den 7. Juni 1904.

Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Eisenrager.

Konkursverfahren.

8.853. Nr. 8179. Mannheim.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Baunternehmers Friedrich Jakob Hartmeyer in Mannheim wurde durch Beschluß des Großh. Amtsgerichts Mannheim vom 5. Dezember 1903, Nr. 8881, eingestellt, da eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Masse nicht vorhanden ist.

Mannheim, den 6. Juni 1904.

Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Ehrmann.

Konkursverfahren.

8.840. Nr. 2968 IV. Karlsruhe.

Ueber das Vermögen der Frau Emma Uber des Wwe., Seegereidhandlung in Karlsruhe, Rheinstraße 45, wurde heute am 9. Juni 1904, vormittags 8 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Kaufmann Carl Burger in Karlsruhe wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 5. Juli 1904 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wurde zur Beschlußfassung über die Forderung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Dienstag, den 5. Juli 1904, vormittags 11 1/2 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Mittwoch, den 20. Juli 1904, vormittags 9 Uhr,

vor dem diesseitigen Gerichte, Akademiestraße 2 B, III. Stock, Zimmer Nr. 49, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgefonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 5. Juli 1904 Anzeige zu machen.

Karlsruhe, den 9. Juni 1904.

Die Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Boppé,
Amtsgerichtsschreiber.

8.871. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

In den Tarifen für den Donau-, Rhein- und Main-Umschlagsverkehr, sowie für den Rhein- und Main-Umschlagsverkehr mit Deisterich daß das Artikelverzeichnis des Ausnahmestarfs Nr. 4 (Dele fette etc.) eine Erweiterung erfahren. Nähere Auskunft erteilt unsere Station Mannheim.

Karlsruhe, den 8. Juni 1904.

Großh. Generaldirektion.

8.841. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Wirkung vom 10. Juni 1904 wird die Station Altona in den Ausnahmestarf 9 b (Schiffsbauwesen für Seerwerfte) u d die Station Rinnbeck in den Ausnahmestarf 9 s (Schiffsbauwesen für binnenländische Werfte) des nord.-hessisch-südwestdeutschen Verbands einbezogen. Nähere Auskunft erteilen die Verbandsstationen.

Karlsruhe, den 7. Juni 1904.

Großh. Generaldirektion.

8.842. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die durch unsere Bekanntmachung vom 12. Februar l. J. erwählte frachtfreie Beförderung von Liebesgaben zur Unterstützung der freiwilligen Krankenpflege in Deutsch-Südwestafrika wird auch auf diejenigen in den Frachttarifen ausdrücklich als solche bezeichneten Liebesgaben ausgedehnt, welche zunächst von den Zwischenstationen in Danzig, Waadeburg, Erfurt, Halle, Breslau, Cassel, Wiesbaden, Münster, Münden, Arnsberg, Aachen, Bonn, Neuwied, Cochem, Kreuznach, Simmern, Trefeld, Effen, Weick, Weibern, Solingen, Sarbrücken, Wittlich, Hitzburg, Cöthen, Altenburg, Sondershausen, Arnstadt und Gera gerandt werden.

Karlsruhe, den 6. Juni 1904.

Großh. Generaldirektion.